

schem Gebiet noch enger zusammenarbeiten als bisher.

Auch im Zivilbereich soll die Kooperation verstärkt werden, und zwar bei der gemeinsamen Herstellung von Zivillflugzeugen sowie beim Energiemaschinenbau (XNA, 20.1.00)

Beide Seiten wollen auch beim Bau von Jagdflugzeugen, U-Booten und Fregatten kooperieren. Überdies hat die VBA bisher schon eine Reihe russischer Lizenzen erhalten, so z.B. für den Bau von Kalaschnikow-MPs und zur Montage von 200 modernen SU27-SK-Jagdbombern (in der Industriestadt Shenyang). Außerdem erhält die VBA in Kürze zwei russische Minenleger sowie Schiffe und Antischiffsraketen vom Typ „Moskito“.

In russischen Militärschulen sollen überdies mehr VBA-Angehörige ausgebildet werden.

Chi Haotian traf auch mit dem Präsidentschaftskandidaten Putin zusammen. Dabei bedauerte er, dass Jelzin zurückgetreten sei, und versicherte, dass China die Tschetschenien-Frage als eine ausschließlich innere Angelegenheit Russlands betrachte (FBIS CHI, 19.1.00). -we-

westlicher Regierungen herausgegeben hat. Zuletzt war im September 1999 ein Weißbuch über die Minderheitenpolitik der VR China erschienen (C.a., 1999/9, Ü 12).

Das Weißbuch gliedert sich in sechs Teile und folgt der altbekannten Argumentationslogik der stetigen Entwicklung des Landes durch die parteistaatliche Führung. Im ersten Kapitel „Ein historischer Wendepunkt im Fortschritt der Menschenrechte Chinas“ werden die Errungenschaften der Befreiung der chinesischen Bevölkerung aus Unterdrückung und Armut und des sozialistischen Aufbaus einschließlich der Einsetzung eines volkdemokratischen politischen Systems gewürdigt. Das zweite Kapitel stellt die Verbesserungen im Bereich des „Rechts auf Leben“ (*shengcunquan*) und des „Rechts auf Entwicklung“ (*fazhanquan*) sowie der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte heraus. Wie durch umfassendes Datenmaterial untermauert wird, sei das Problem der Armut weitgehend beseitigt, seien die Grundbedürfnisse der Bevölkerung nach Nahrung, Kleidung, Wohnung, sozialer Sicherung und Bildung gedeckt und sei ein stetig steigender Lebensstandard zu verzeichnen.

Auch im Bereich der bürgerlichen und politischen Rechte, die Gegenstand des dritten Kapitels sind, gebe es spürbare Fortschritte. Die politische Partizipation der Bürger sei durch das allgemeine aktive und passive Wahlrecht sichergestellt; besondere Erwähnung findet das System dörflicher Wahlen, das in den vergangenen Jahren schrittweise liberalisiert worden sei. Betont wird ein weiteres Mal der Schutz der in der Verfassung garantierten Meinungs-, Presse-, Versammlungs-, Demonstrations- und anderer persönlicher Freiheiten sowie der religiösen Glaubensfreiheit und des Rechts auf Ausübung „normaler religiöser Aktivitäten“. Fortschritte bei der Einführung eines rechtsstaatlichen Systems werden insbesondere im Justizwesen herausgestellt. Das vierte Kapitel widmet sich gesondert den Rechten von Frauen und Kindern und das fünfte den spezifischen Rechten der ethnischen Minderheiten, wobei die Situation in Xinjiang und Tibet besondere Erwähnung findet.

Im abschließenden Kapitel über die Aussichten der Menschenrechtssituation im kommenden Jahrhundert wird zusammenfassend betont, dass die VR China als „Entwicklungsland des Ostens“ im Menschenrechtsbereich, der nach wie vor verbesserungsfähig sei, andere Prioritäten zu setzen habe als die entwickelten Industrienationen des Westens. Insbesondere wurde noch einmal herausgestellt, dass die „Rechte auf Leben und Entwicklung“ vorrangig vor den politischen und bürgerlichen Rechten gefördert werden müssten und eine schlichte Kopie westlicher Menschenrechtsvorstellungen der Situation des Landes nicht angemessen sei (RMRB, XNA, 18.2.00).

Ein Vergleich mit den beiden in den Jahren 1991 und 1996 vom Staatsrat publizierten Weißbüchern zur allgemeinen Menschenrechtssituation in China macht deutlich, dass die Argumentation sich seither kaum weiterentwickelt hat. Bereits 1991 war der Begriff des „Rechts auf Leben“ geprägt worden, um das westliche, auf politischen und bürgerlichen Rechten fokussierende Menschenrechtsverständnis zu relativieren (C.a., 1991/11, Ü 8). Im Weißbuch von 1996 wurde daran anschließend der Begriff des „Rechts auf Leben und Entwicklung des Volkes“ formuliert, um mit Hinweis auf den Entwicklungslandstatus Chinas einen „Sonderweg“ des Schutzes der Menschenrechte zu begründen („Fortschritte der Menschenrechtsverhältnisse in China“, hg. vom Presseamt des Staatsrats der Volksrepublik China, vollständige deutsche Übersetzung in: *Beijing Rundschau*, Sonderausgabe Januar 1996, S.4-28). Das jüngst vorgelegte Weißbuch geht über diesen konzeptuellen Stand nicht hinaus, sondern wiederholt im Wesentlichen nur die früheren Argumente und Darstellungen.

Inhaltlich lässt der Vergleich eine gewisse Verschiebung der Prioritäten erkennen: So war im Weißbuch von 1996 den Fortschritten im Rechtswesen ein eigenes Kapitel an vorderer Stelle gewidmet, während dieser Bereich im neuen Weißbuch unter die bürgerlichen und politischen Rechte subsumiert und relativ knapp abgehandelt wird. Ein relativ größeres Gewicht erhält demgegenüber der Bereich der Rechte von Frauen und Kindern sowie der Rechte ethnischer Minderheiten.

Innenpolitik

11 Neues Weißbuch über Menschenrechtssituation in China - Signal einer verminderten internationalen Dialogbereitschaft Beijings?

Mitte Februar veröffentlichte das Informationsbüro des Staatsrats ein weiteres Weißbuch über die Menschenrechtssituation mit dem Titel *Fünfzig Jahre Fortschritte der Menschenrechtsverhältnisse in China* (RMRB, 18.2.00, vollständige englische Übersetzung in XNA, 18.2.00). Die jüngste Publikation steht in einer Reihe von Weißbüchern zu allgemeinen und spezifischen Menschenrechtsfragen, die der Staatsrat seit 1991 in Reaktion auf Vorwürfe internationaler Menschenrechtsorganisationen und

Signifikant erscheint aber vor allem, dass im diesjährigen Weißbuch ein Hinweis auf die Bereitschaft Chinas zum internationalen Dialog über die Menschenrechtsfrage fehlt. Die beiden Weißbücher von 1991 und 1996 hatten jeweils das gesamte Schlusskapitel der Betonung der internationalen Dialogbereitschaft und der aktiven Teilnahme an internationalen Menschenrechtsbemühungen gewidmet. So konstruiert die allgemeinen inhaltlichen Darstellungen der „Errungenschaften“ im Menschenrechtsbereich in diesen beiden Publikationen teilweise auch wirkten, so signalisierten diese in ihrer Gesamtheit doch in positiver Weise die substanzielle Dialogbereitschaft Chinas zu diesem Thema. Im jüngsten Weißbuch findet sich dagegen - bis auf die zitierte Aussage, dass die westlichen Menschenrechtsvorstellungen nicht einfach kopiert werden könnten - keinerlei Erwähnung der internationalen Dimension; stattdessen wird abschließend beteuert, dass Partei und Regierung sich im wohlverstandenen Interesse des Volkes für eine weitere Entwicklung des Landes und damit auch der Menschenrechtssituation einsetzen werden. Es fällt schwer, diese „neue Selbstgenügsamkeit“ Chinas in Menschenrechtsfragen nicht als Signal einer verminderten Dialogbereitschaft auf diesem Gebiet zu werten.

Wie der Titel des jüngsten Weißbuchs deutlich macht, war der offizielle Anlass für dessen Erscheinen der 50. Jahrestag der Gründung der VR China, der im Oktober letzten Jahres begangen worden war. Ein konkreter Anlass lässt sich jedoch in westlichen Vorwürfen einer „Verschlechterung der Menschenrechtssituation“ in China erkennen, wie sie sich in den vergangenen Wochen häuften und im Zuge der im März bevorstehenden Tagung der UN-Menschenrechtskommission und der Abstimmung des US-amerikanischen Kongresses zum WTO-Beitritt Chinas noch intensivieren dürften. Das neue Weißbuch dürfte in diesem Zusammenhang auch als Referenzmaterial für die Rechtfertigung der chinesischen Position gegenüber den sich intensivierenden internationalen Angriffen konzipiert sein.

Dabei ist zu beobachten, dass die offizielle Rechtfertigungsstrategie der VR China gegenüber den USA wesentlich offensiver ausfällt als gegen-

über Europa. Hatte man sich anlässlich einer Resolution des Europäischen Parlaments vom 20. Januar, die eine „stetige Verschlechterung“ der chinesischen Menschenrechtssituation monierte, noch darauf beschränkt, die Vorwürfe im Einzelnen zu entkräften (XNA, 1.2.00), so erfolgte anlässlich der Veröffentlichung des China-Menschenrechtsberichts des US-amerikanischen State Department Ende Februar eine massive Gegenattacke der chinesischen Seite. Das Informationsbüro des Staatsrats schaltete in der offiziellen Presse einen langen Artikel mit dem Titel „US-Menschenrechtsbericht 1999“, in dem die Menschenrechtssituation in den USA heftig kritisiert wurde. Danach seien die bürgerlichen und politischen Rechte der Amerikaner durch verbreiteten Waffenmissbrauch, Polizeibrutalität, Gewalt im Justizsystem und andere Missstände gefährdet; die Pressefreiheit sei durch staatliche Manipulationen und Propagandamaßnahmen eingeschränkt; die breite werktätige Bevölkerung leide unter Verletzungen ihrer wirtschaftlichen und sozialen Rechte; die Zahl der Armen und Obdachlosen steige; das Problem der Rassendiskriminierung bestehe ungemindert fort und die Rechte von Frauen und Kindern würden nicht ausreichend geschützt; schließlich seien die USA der weltweit größte Waffenexporteur und trügen somit auch zur Menschenrechtsverletzung in anderen Staaten bei (mit zahlreichen Fußnoten abgedruckt in der *Volkszeitung* auf der Seite für „Internationales“; RMRB, 28.2.00).

Die Schärfe dieser Attacke dürfte als Reaktion auf den hohen Grad der Instrumentalisierung zu werten sein, den die Menschenrechtsfrage innerhalb der US-amerikanischen Chinapolitik traditionell und zuletzt insbesondere im Zusammenhang des WTO-Beitritts Chinas erhalten hat. Allgemeiner wird darin aber auch der wachsende Druck deutlich, dem sich die VR China angesichts der sich häufenden internationalen Vorwürfe einer Verschlechterung seiner Menschenrechtssituation ausgesetzt sieht. -hol-

12 „Vierte Führungsgeneration“ nimmt Gestalt an

Im Laufe des Monats Februar verdichteten sich zahlreiche Spekulationen über die geplante Besetzung der höchsten Partei- und Regierungsämter nach dem XVI. Parteikongress, der im Herbst 2002 stattfinden soll.

Danach wird Jiang Zemin angeblich sein Amt als Staatspräsident bereitwillig, sein Amt als Generalsekretär der Partei dagegen nur widerstrebend abgeben. Mit taktischer Berechnung soll er dem japanischen Regierungschef Obuchi gegenüber in einem Gespräch erwähnt haben, dass für die Besetzung des Generalsekretärpostens keine formalen Regeln bestünden, und damit angedeutet haben, dass er dieses Amt auch nach 2002 für sich reklamieren, um die parteiinterne Reaktion zu testen. Von Seiten mehrerer hochrangiger Kollegen soll ihm daraufhin mit Verweis auf Deng Xiaopings Ratschlag, der jüngeren Generation Platz zu machen, nahegelegt worden sein, dieses Amt abzugeben. Den Meldungen zufolge beharrt Jiang allerdings darauf, den Vorsitz in der Zentralen Militärkommission sowie seine Mitgliedschaft im Ständigen Ausschuss des Politbüros beizubehalten, um auch nach 2002 die Politik des Landes „hinter den Kulissen“ steuern zu können (*Kai Fang* (Hongkong), 1.2.00, nach SWB, 14.2.00, 19.2.00).

Angeblich soll Jiang Zemin durch den zum Jahreswechsel angekündigten Rücktritt des russischen Präsidenten Jelzin, den er noch im Dezember als Staatsgast in Beijing empfangen hatte, stark überrascht und verunsichert worden sein (ebd.). Er versuche nun umso gezielter, seine Position als „Kern“ der „dritten Führungsgeneration“ in der Nachfolge Mao Zedongs und Deng Xiaopings zu konsolidieren. Als Teil dieser Anstrengungen werten Beobachter die Herausgabe eines Buches mit dem Titel *Mao Zedong, Deng Xiaoping und Jiang Zemin zur ideologischen und politischen Arbeit*, in dem ansatzweise ein Fundus theoretischer Ideen Jiang Zemins kanonisiert wird. Ankündigungen in der offiziellen Presse stellten den autoritativen Charakter des Buches sicher (RMRB, 18.2.00; SCMP, 19.2.00; *Jiefangjun Bao*, 18.2.00, nach SWB, 25.2.00).

Nach Jiang Zemins persönlichen Vorstellungen sollen die folgenden Personen im Jahr 2002 Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros bleiben bzw. werden: Hu Jintao, gegenwärtig Stellvertretender Staatspräsident, Wen Jiabao und Wu Bangguo, gegenwärtig Stellvertretende Ministerpräsidenten, Li Changchun, gegenwärtig Parteichef der Provinz Guangdong, Zeng Qinghong, seit März 1999 Vorsitzender der ZK-Organisationsabteilung, Luo Gan, gegenwärtig Vorsitzender der ZK-Kommission für Politik und Recht, sowie Li Ruihuan, Präsident der Politischen Konsultativkonferenz (SCMP, 31.1., 4.2.00).

Als Nachfolger Jiang Zemins im Amt des KP-Generalsekretärs wird Hu Jintao gehandelt. Strittig scheint die Besetzung des Amtes des Ministerpräsidenten ab dem Jahr 2003. So soll Jiang Zemin persönlich den erst 55-jährigen Li Changchun für die Nachfolge in diesem Amt präferieren, dessen politische Fähigkeiten er während eines Besuchs in Guangzhou im Februar herausstellte. Demgegenüber sei auf einer Politbürositzung Anfang des Jahres kollektiv geplant worden, den gegenwärtigen Ministerpräsidenten Zhu Rongji auch nach 2003 in diesem Amt zu belassen (*Kai Fang* (Hongkong), 1.2.00, nach SWB, 14.2.00; SCMP, 28.2.00).

Auf derselben Politbürositzung sei man weiter übereingekommen, dass der gegenwärtige Präsident des Nationalen Volkskongresses Li Peng und der gegenwärtige Vorsitzende der Zentralen Disziplinarkontrollkommission Wei Jianxing in den Ruhestand treten sollten. Li Ruihuan und der gegenwärtig als Stellvertretender Ministerpräsident fungierende Li Lanqing sind als Nachfolger in den Ämtern des Vorsitzenden des Nationalen Volkskongresses und des Staatspräsidenten vorgesehen (ebd.).

Es erscheint unwahrscheinlich, dass die Besetzungspläne für die höchsten Partei- und Staatsämter bis in den Herbst 2002 stabil bleiben werden. Insbesondere zeichnet sich ein Konflikt um die Nachfolge im Amt des Generalsekretärs zwischen Hu Jintao und Zeng Qinghong ab: Während Ersterer angeblich wegen seiner Reformorientiertheit von der Mehrzahl der Mitglieder der Parteispitze präferiert wird, genießt Letzterer die persönliche

Protektion Zeng Qinghongs (SCMP, 31.1.00; vgl. auch C.a., 1999/3, Ü 12, 1999/12, Ü 8). -hol-

13 Politische Schadensbegrenzung im Xiamener Schmuggelskandal

Bei der Aufklärung des Schmuggelfalls von Xiamen (vgl. C.a., 00/1, Ü 7) sind die Behörden offensichtlich bemüht, den politischen Flurschaden zu begrenzen, den der „größte Schmuggelskandal in der Geschichte der VR China“ innerhalb der Partei- und Regierungskreise anzurichten droht.

Zumindest in der Außendarstellung beschränkt sich der Kreis der direkt zur Verantwortung gezogenen Personen auf lokale Akteure. Zu den prominenteren lokalen Vertretern, die von der Spezialermittlungseinheit der Zentrale ins Visier genommen worden sind, sollen der Polizeichef von Xiamen und sein Stellvertreter, der Chef des lokalen Geheimdienstes, der Chef der städtischen Zollverwaltung, der Direktor des Verwaltungsbüros für Ein- und Ausreiseangelegenheiten unter der städtischen Behörde für Öffentliche Sicherheit sowie mehrere Vorstandsmitglieder von lokalen Handelsfirmen und Banken gehören. Mitte Februar trat der Bürgermeister von Xiamen, Hong Yongshi, ohne Angabe von Gründen von seinem Amt zurück. Einer der Hauptverdächtigen in dem Schmuggelskandal, der frühere Vizebürgermeister Lan Fu, der mit seiner Gattin nach Australien geflohen war, soll inzwischen den chinesischen Sicherheitsbehörden übergeben worden sein bzw. sich selbst gestellt haben (SCMP, 27.1., 21., 23.2.00).

Mittelbar zur Verantwortung gezogen wurden außerdem der Parteichef und der Gouverneur der Provinz Fujian, in deren administrativer Zuständigkeit die Stadt Xiamen liegt. Die beiden wurden Mitte Februar nach Beijing zitiert, um der für die Aufklärung des Skandals zuständigen Sondereinheit des Politbüros, der angeblich Zhu Rongji, Hu Jintao und Wei Jianxing angehören sollen, Bericht über ihre Behandlung des Falls zu erstatten und „ihre Lehren daraus zu ziehen“. Insbesondere soll ihnen mit auf den Weg gegeben worden sein, das Image der Provinz Fujian aufzubes-

sern und die Gunst ausländischer Investoren wiederzugewinnen. Nach seiner Rückkehr soll sich der Provinzgouverneur öffentlich dahingehend geäußert haben, dass der Aufbau eines funktionierenden Überwachungssystems nötig sei, um in Zukunft ähnliche Korruptionsfälle zu verhindern, wohingegen die Forderung nach einer grundlegenden Reform der politischen Strukturen nicht gerechtfertigt sei (SCMP, 27.1., 18., 23., 25.2.00).

Ein Durchschlagen des Skandals auf die zentrale Führungsebene wird demgegenüber zu verhindern gesucht. So wurde wiederholt bekräftigt, dass das Politbüromitglied Jia Qinglin, dessen Frau der aktiven Unterstützung des Schmuggelrings verdächtigt worden war, und General Liu Huaqing, dessen Kinder in den Fall verwickelt sein sollen, in keiner Weise involviert seien (SCMP, 27., 28.1.00). Eine Ausnahme bildet Hongkonger Informationen zufolge der frühere Direktor der Geheimdienstabteilung im Hauptquartier der Volksarmee, Generalmajor Ji Shengde, der belastet wird, die Schlüsselfiguren des Schmuggelrings gegen die Zahlung von Bestechungsgeldern gedeckt zu haben. Dass er bisher als Einziger auf zentraler Ebene zur Verantwortung gezogen worden ist, erklärt sich daraus, dass er bereits im Zusammenhang des Spendenskandals im amerikanischen Präsidentenwahlkampf im Jahr 1996 belangt worden ist und damit seine politische Immunität verloren hat (*Sing Tao Jih Pao*, 26.1.00, nach SWB, 27.1.00).

Um die politischen Folgen des Schmuggelskandals zu begrenzen, sind die Behörden angeblich mit allen Kräften darum bemüht, die Aufklärung des Falls bis Anfang März abzuschließen, um Partei und Regierung keine Blöße vor dem Nationalen Volkskongress zu geben, der dann zu seiner jährlichen Tagung zusammenzutreten und wie zuvor heftige Kritik an dem verbreiteten Phänomen offizieller Korruption üben wird (SCMP, 17., 18.2.00).

Im Bestreben, ihre Entschlossenheit im Kampf gegen die Korruption unter Beweis zu stellen, hat die chinesische Führung Mitte Februar ein weiteres Exempel statuiert. Ein Gericht in Nanchang, der Hauptstadt der Provinz Jiangxi, verurteilte den frühe-

ren Stellvertretenden Gouverneur dieser Provinz, Hu Changqing, wegen Bestechlichkeit zum Tode. Hu wurde für schuldig befunden, insgesamt über 5 Mio. Yuan an Bestechungsgeldern angenommen zu haben. Nach offiziellen Angaben handelte es sich um den ranghöchsten Regierungsfunktionär, gegen den in China jemals wegen Bestechungsvorwürfen die Todesstrafe verhängt wurde (SCMP, 18.2.00). -hol-

14 Neue Proteste und Verhaftungen von Falungong-Anhängern

Anlässlich des chinesischen Frühlingsfestes, das nach traditionellem Kalender das neue Jahr einleitet, demonstrierten am 4. und 5. Februar trotz strikter Polizeikontrollen erneut rund einhundert chinesische und ausländische Falungong-Anhänger auf dem Tiananmen-Platz in Beijing. Sie versuchten wiederholt, Banner mit Falungong-Schriftzügen zu entrollen. Einzelne Szenen wurden im internationalen Fernsehen ausgestrahlt.

Die Sicherheitsbehörden reagierten mit einer groß angelegten Verhaftungswelle. Nach Hongkonger Angaben wurden seit dem 5. Februar landesweit insgesamt über 2.000 Personen, in Beijing zwischen 300 und 500 Personen festgenommen. Darunter befand sich auch eine Falungong-Anhängerin mit australischer Staatsangehörigkeit, die von den Beijinger Behörden eine Woche lang zu Verhören festgehalten wurde, bevor sie schließlich des Landes verwiesen wurde (FT, 7.2.00; CND, 9.2.00; SCMP, 8., 11., 14., 15.2.00).

Ebenfalls ab dem 4. Februar traten in einer Strafanstalt in Changchun (Provinz Jilin), dem ersten Wirkungsort des Falungong-Gründers Li Hongzhi, 140 Falungong-Anhänger in einen Hungerstreik (SCMP, 12.2.00; SWB, 16.2.00). Ihr Anliegen, auf die repressive Behandlung von Falungong-Anhängern in China aufmerksam zu machen, wurde über das Internet verbreitet („An Appealing Letter from 140 Practitioners on Hunger Strike in the Da-guang Detention Center of Changchun City“; in: <http://minghui.ca/eng.html>).

Ebenfalls in Hongkonger Quellen wurde berichtet, dass in der Provinz

Shandong ein Falungong-Anhänger an den Folgen einer Zwangsernährung gestorben sein soll, nachdem er in einen mehrtägigen Hungerstreik getreten war. Aus derselben Provinz wurde außerdem der Tod einer älteren Falungong-Anhängerin in Polizeigewahrsam bekannt; ihr Tod gilt als der elfte unnatürliche Todesfall unter Falungong-Anhängern seit dem Verbot der Bewegung im Juli 1999 (SCMP, 23., 29.2.00).

Im Laufe des Monats wurden aus Beijing sowie den Provinzen Liaoning und Hebei mehrere gegen Falungong-Anhänger verhängte Urteile mit Haftstrafen bis zu neun Jahren und Administrativstrafen von jeweils drei Jahren Umerziehung in Arbeitslagern bekannt. Unter den Verurteilten sollen sich ein Mitorganisator der geheimen Pressekonferenz mit ausländischen Journalisten in Beijing im Oktober 1999 (vgl. C.a., 1999/10, Ü 6) sowie ein Mitglied der Geheimpolizei befinden (SCMP, 7., 14.2.00). (Zu den Hintergründen der Falungong-Bewegung vgl. die Analyse im hinteren Teil dieses Heftes). -hol-

15 Pläne für Personalabbau im Polizeiapparat

Ende Februar wurden offizielle Meldungen laut, wonach geplant sei, in den kommenden zehn Jahren die Zahl der Polizeikräfte zu reduzieren. Im Zuge jährlicher Überprüfungen sollen landesweit jeweils 3.000 nicht ausreichend qualifizierter Polizeikräfte entlassen werden, so dass innerhalb von zehn Jahren insgesamt 30.000 Stellen wegfallen würden.

Nach Darstellung der *China Youth Daily* reagierten die Polizeibehörden damit auf ein jüngstes Untersuchungsergebnis, wonach nur ein Drittel der insgesamt mit 1,5 Mio. bezifferten Polizeikräfte ihre Funktion angemessen ausfülle, während der Rest passiv „zuschau“ oder sogar „Schwierigkeiten mache“ (*Zhongguo Qingnian Bao*, nach SCMP, 25.2.00). Angesichts dieser Zahlen erscheint der vorgesehene Personalabbau allerdings kaum als signifikant.

Bei den angekündigten Plänen dürfte es sich um eine Reaktion auf die

sich in den letzten Monaten häufende Kritik an Korruption und anderen Missständen im Sicherheitsapparat handeln. Bereits im November 1999 waren Probleme wie der „grobe und brutale Arbeitsstil“ der Polizei gerügt und zur Bekämpfung gefordert worden, die Polizei der Aufsicht durch den Nationalen Volkskongress zu unterstellen (C.a. 1999/11, Ü 14). Besondere Kritik an der Bestechlichkeit der Polizei war zuletzt im Zusammenhang des Schmuggelskandals von Xiamens laut geworden (C.a., 00/1, Ü 7). Anfang Februar schließlich benannte ein Artikel der *Volkspolizei-Zeitung* zahlreiche Missstände, mit denen man in den eigenen Reihen zu kämpfen habe. Unter Polizisten verbreitet seien demnach der Missbrauch von Amtsbefugnissen für eigennütziges Profitstreben, die „Perversion“ von Gerechtigkeit für Bestechungsgelder, die Protektion von Verbrechern, die Vergabe von Nummernschildern für geschmuggelte und gestohlene Kraftfahrzeuge, die Erpressung von Geständnissen durch Folter, der willkürliche Gebrauch von Schusswaffen und anderer polizeilicher Ausrüstungen sowie die willkürliche Gewaltanwendung beim Rechtsvollzug (*Renmin gong'an bao*, 3.2.00, nach SWB, 19.2.00).

Mit dieser Aufzählung erhalten Vorwürfe internationaler Menschenrechtsorganisationen, wie sie seit mehreren Jahren wiederholt erhoben worden sind, offizielle Bestätigung. Die vom Ministerium für Öffentliche Sicherheit vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Missstände, die von der Einrichtung einer Telefon-Hotline für Beschwerden aus der Bevölkerung über die Einsetzung strengerer Verhaltensstandards bis hin zur Verstärkung der Verantwortlichkeit lokaler Polizeieinheiten reichen, bewegen sich allerdings größtenteils im Bereich wohlmeinender Ermahnungen. Das verlautbarte Ziel, innerhalb von drei Jahren die Korruption im Sicherheitsapparat zu beseitigen, dürfte damit kaum zu erreichen sein (ebd., vgl. auch SZ, 25.2.00). Der Zeitpunkt der Ankündigung dieser Pläne deutet eher darauf hin, dass es sich dabei in erster Linie um eine Rechtfertigung im Vorfeld des Anfang März tagenden Nationalen Volkskongresses handelt, anlässlich dessen erneute Kritik an den ver-

breiteten Korruptionsphänomenen zu erwarten ist. -hol-

16 Jiang Zemin in Guangdong - Aufwertung Shenzhens zur regierungsunmittelbaren Stadt?

In der zweiten Februarhälfte unternahm Generalsekretär Jiang Zemin eine Inspektionsreise in die Provinz Guangdong. Offizieller Anlass war die Verlagerung der landesweiten politischen Erziehungskampagne der „Drei Betonungen“ von der zentralen und Provinzebene auf die Kreisebene (vgl. C.a., 1999/10, Ü 8). Die Kampagne, die einer breitgefächerten politischen Reinigung unter Partei- und Regierungsfunktionären dient, soll in der Provinz Guangdong mit besonderer Intensität durchgeführt werden, nicht zuletzt wohl auch wegen der Häufung offizieller Korruptionsfälle, durch die die Provinz in den letzten Jahren von sich reden machte (RMRB, 21.2.00; *Ming Pao*, 20.2.00, nach SWB, 23.2.00; SCMP, 24.2.00).

In Anknüpfung an Deng Xiaopings berühmte „Reise in den Süden“ vom Jahr 1992 ergriff Jiang auf seiner Reise aber auch die Gelegenheit, der Küstenstadt Shenzhen einen Besuch abzustatten, die in diesem Jahr das 20. Jubiläum ihres Status als Sonderwirtschaftszone begeht. Jiang versäumte nicht, der Stadt wegen ihrer wirtschaftlichen Vitalität und technologischen Innovationskraft vollmundiges Lob zu zollen (XNA, 27.2.00).

Hongkonger Quellen zufolge sind mit Jiang Zemins Besuch in Shenzhen seit längerer Zeit diskutierte Pläne in greifbare Nähe gerückt, wonach Shenzhen der administrativen Zuständigkeit der Provinz Guangdong entzogen und nach Beijing, Shanghai, Tianjin und Chongqing zur fünften regierungsunmittelbaren Stadt aufgewertet werden soll. Innerhalb des Staatsrats soll im vergangenen Jahr eine Studie erstellt worden sein, die bestätigt haben soll, dass der Stadt im landesweiten Vergleich eine Schlüsselposition in den Bereichen Außenhandel, ausländischer Investitionen, Transport und wissenschaftlicher und technologischer Forschung und Entwicklung zukomme, die sie für eine stärkere administrative Selbstbestim-

mung prädestiniere. Auch verspreche ein solcher Schritt eine verbesserte wirtschaftliche Kooperation mit der benachbarten Sonderverwaltungszone Hongkong (ebd.).

Kritische Hongkonger Stimmen hinterfragten diese Pläne allerdings. Das Sozialprodukt Shenzhens sei im Vergleich insbesondere mit Beijing und Shanghai gering; auch unterstehe die Gestaltung des Verhältnisses zu Hongkong der zentralen Aufsicht Beijings und könne nicht lokal entschieden werden. Auch offizielle Stimmen aus Beijing gaben an, dass die Ausformulierung der entsprechenden administrativen Pläne noch mindestens zwei Jahre in Anspruch nehmen würde (SCMP, 26.2.00). -hol-

17 Bombenexplosion auf dem Beijinger Tiananmen-Platz

Am Nachmittag des 15. Februar detonierte auf dem Beijinger Tiananmen-Platz eine Bombe. Bei der Explosion kam der Bombenleger selbst ums Leben; ein südkoreanischer Tourist trug leichte Verletzungen davon. Einer unbestätigten Hongkonger Meldung zufolge kostete die Explosion das Leben dreier weiterer Passanten (XNA, 16.2.00; *Ping Kuo Rih Pao*, 16.2.00, nach SWB, 17.2.00).

Innerhalb weniger Stunden nach dem Ereignis wurde von offizieller Seite die Identität des Bombenlegers bekannt gegeben. Nach Aussage eines Sprechers des Staatsrats handelte es sich bei dem Toten um einen psychisch kranken Bauern aus der Provinz Hubei, der den Sicherheitsbehörden in der Vergangenheit wiederholt wegen gesetzeswidrigen Verhaltens aufgefallen war. So soll er bereits vier Mal nach Beijing gekommen sein, um die Aufhebung einer Bußgeldstrafe zu erwirken, die ihm wegen Verzugs der Steuerzahlung erteilt worden war. 1997 soll er nackt vor dem Portrait Mao Zedongs auf dem Tiananmen-Platz protestiert und 1999 am selben Ort die Nationalflagge beschmutzt haben. Noch Anfang dieses Jahres sei er festgenommen worden, nachdem er bei dem Versuch über-rascht wurde, vor den Gebäuden der Beijinger Stadtregierung eine Bombe zu zünden. Von den Sicherheitsbehörden sei er jedoch jeweils in seine

Heimatprovinz zurückgeschickt worden, da niemand für die Kosten einer Einweisung in eine psychiatrische Anstalt hätte aufkommen können (IHT, 16.2.00; SCMP, 17.2.00).

Mit dieser raschen und detaillierten Bekanntmachung bemühten sich die Sicherheitsbehörden offensichtlich, Spekulationen über einen politisch motivierten Anschlag zu vereiteln. Einen Zusammenhang mit Protesten der Falungong-Bewegung schlossen sie explizit aus. Implizit wandte sich die offizielle Darstellung aber auch gegen in Hongkonger Medien transportierte Gerüchte, wonach es sich bei der Bombenexplosion um einen terroristischen Anschlag uighurischer Aktivisten aus Xinjiang gehandelt haben könne (ebd., *Ping Kuo Rih Pao*, 16.2.00, nach SWB, 17.2.00).

Das Ereignis erregte umso höhere Aufmerksamkeit, als die Beijinger Sicherheitskräfte angesichts der für die erste Märzhälfte anberaumten Tagungen des Nationalen Volkskongresses und der Politischen Konsultativkonferenz in erhöhter Alarmbereitschaft stehen. -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

18 Wissenschaftliche Zeitschriften: Forderung nach besserer Qualität

Jüngst ist die Qualität wissenschaftlicher Zeitschriften in die Diskussion geraten. In einem Artikel der *Volkszeitung* wurde berichtet, dass viele Wissenschaftler und Herausgeber mit der Qualität der wissenschaftlichen Zeitschriften unzufrieden sind. Obwohl die Forschung in den vergangenen zwei Jahrzehnten große Fortschritte gemacht habe und die Ergebnisse im Ausland Beachtung fänden, hinkten die wissenschaftlichen Zeitschriften hinterher. Dafür werden hauptsächlich zwei Ursachen angeführt: zum einen die Vielzahl an derartigen Pe-